

Freiheit ist eine Herausforderung - Vertrauen ihre Voraussetzung

Arbeitshaus statt Freiheit?

Seit Jahren ringt unser Gemeinwesen damit, tragfähige Lösungen für anhaltende Probleme zu erarbeiten. Wie andere vor ihr, so hat auch die gegenwärtige Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel staatlich subventionierte Arbeitsbeschaffung für den Königsweg erklärt: Auf Kombilöhne, die es im Jahr 2006 noch richten sollten, folgten Mindestlöhne. In der Finanzkrise setzte sich diese Haltung fort: Bürgschaften für Unternehmen sollten *Arbeitsplätze* sichern. Weshalb Erwerbsarbeit subventionieren und nicht die Bürger, wenn viele Arbeiten mit weniger Erwerbstätigen besser erledigt werden können – weshalb also *Erwerbsarbeit statt Freiheit* fördern?

Ein Aufbruch zu neuen Ufern täte Not, doch statt unsere Freiheit zu stärken, herrscht noch immer das Arbeitshaus. Wir begreifen uns als eine Erwerbs- oder Arbeitsgesellschaft; Erwerbsarbeit halten wir für den höchsten Zweck, Freiheit für einen ihr nachgeordneten Wert. Druck üben wir auf die Bürger aus, so mittels Sanktionen wie bei Hartz IV. Weshalb eine erzwungene Arbeitsaufnahme zu nichts führt, fragen sich die Befürworter des Arbeitshauses nicht, lieber beklagen sie „spätromische Dekadenz“ (Westerwelle 2010) oder, dass die einen auf Kosten der anderen leben (Gysi 2011). Es mangle an ‚Anreizen‘ zur Arbeitsaufnahme, deswegen herrsche mangelnde Arbeitsbereitschaft. Die Verfechter des Arbeitshauses folgen der Vorstellung, der Mensch sei eine außengesteuerte Maschine; von freier Selbsttätigkeit keine Spur.

Mit statistischen Tricks soll die Lage am Arbeitsmarkt verschleiert werden. Als Erfolg wird gefeiert: so viele Erwerbstätige wie nie zuvor, – doch: das Arbeitsvolumen ist gesunken. Es handelt sich also um geringfügige Beschäftigung oder solche in Teilzeit, unter verschlechterten Arbeitsschutz- und Arbeitszeitbedingungen.

Ohne Druck, ohne Anreiz geht nichts?

Dass die vorherrschende Politik Leistungsbereitschaft untergräbt – darauf sind die Verfechter der „aktivierenden“ Sozialpolitik noch nicht gekommen. Was sie unablässig als Lösung preisen, eine *Aktivierung* der Bürger, richtet sich schon lange gegen die Grundlagen unseres freiheitlichen Gemeinwesens. In einer derart *antifreiheitlichen Politik* liegt der wahre Grund für die Resignation in unserem Land.

Uns Bürgern wird per Generalverdacht unterstellt, dass wir uns nur engagieren, wenn ausmünzbarer Gewinn winkt und nicht dann, wenn wir es für sinnvoll halten. Wer so redet, glaubt, wir engagieren uns nicht aus Überzeugung, sondern nur weil und solange wir dazu von etwas oder jemandem angehalten werden – sei es die Sozialverwaltung, sei es irgendein ‚Anreiz‘. Das große ehrenamtliche Engagement kann man so nicht erklären. Sicher, wer etwas machen musste, was er nicht machen wollte, würde es mit den Freiräumen, die das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) schafft, künftig unterlassen. Das ist nicht nur naheliegend, es ist wünschenswert. Wer sich mit dem identifiziert, was er tut, wird daran festhalten und damit fortfahren. Die Aktivierer allerdings betrachten Arbeit vor allem als Last, deswegen müsse man uns Bürger dazu drängen, einen Beitrag zu leisten. Zu entscheiden, was sinnvolle Tätigkeiten sind, welche Arbeitsplätze wir für interessant und attraktiv halten, will man uns nicht überlassen. Unerwartet sitzen hier *Marktliberale* und *Arbeitsumverteiler* in einem Boot. Beide wollen die Menschen erziehen. Sie können sich gar nicht vorstellen, dass der Einzelne einen Beitrag leisten *will* – von sich aus, und zwar dort, wo er es für wichtig und richtig erachtet und nicht dort, wo es den Arbeitspredigern gefällt.

Ohne Freiheit keine Initiative!

Alleine die langjährige Diskussion über das BGE hat Erstaunliches bewirkt. Gerade jetzt, wo uns durch die Finanzkrise (nicht die vermeintliche Schuldenkrise), ihre Folgen und das Festhalten an alten Rezepten vor Augen tritt, wozu eine solche Politik führt, erweist sich das BGE als Alternative. Überwinden wir das Misstrauen in den Einzelnen, haben wir die größte Barriere aus dem Weg geräumt, um aus unserer Misere hinauszugelangen. Ein BGE von der Wiege bis zur Bahre bringt Vertrauen zum Ausdruck – der Bürger im Gemeinwesen zueinander. Es sichert Familien ab, ohne sie – wie mit dem Elterngeld – in Erwerbsarbeit zurückleiten zu wollen; vielmehr ermöglicht es, dass sie ihr Leben in ihre eigenen Hände nehmen. Aus dem sogenannten Ehrenamt kann ein Hauptamt werden; bürgerschaftliches Engagement muss keine Freizeitangelegenheit mehr, es kann Berufung sein. Ganz gleich, wo sich der Einzelne engagiert, alle Formen des Engagements sind gleichwertig – Erwerbsarbeit ist nur noch eine Tätigkeit unter anderen. Behörden der Sozialverwaltung, die bloß der Kontrolle und Beaufsichtigung von Leistungsempfängern dienen, können wir auflösen. Unternehmen können offensiv automatisieren, Arbeitssuchende handeln Arbeitsbedingungen frei aus, denn sie sind abgesichert – immer und zu jeder Zeit. Die Festlegung eines Renteneintrittsalters ist *von gestern*, denn mit dem BGE ist jeder Bürger von Geburt an abgesichert und frei, initiativ zu werden. Unternehmen können sich darauf konzentrieren, Werte zu erzeugen statt Arbeitsplätze zu erhalten. Unser Gemeinwesen hingegen muss Wege zur Wertabschöpfung ersinnen, die es sowohl erlauben, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten, als auch die öffentlichen Güter zu finanzieren. – All dies müssen wir nur wollen. Vieles kann sich ändern, vieles wird sich allein dadurch ändern, dass wir den Einzelnen ernst nehmen und ihm die Freiheit zumuten. Daran, dass er sie tragen kann, können nur diejenigen zweifeln, für die Freiheit eine Bedrohung darstellt.

Republik
oder Arbeitshaus?

Freiheit
statt
Vollbeschäftigung

Unterstützen Sie die Idee...

...indem Sie z.B...

- ... über das bedingungslose Grundeinkommen **diskutieren, wo immer es nahelegt**.
- ... **eine Initiative gründen**. Mittlerweile gibt es über dreißig in ganz Deutschland. Nur, wenn wir Bürger uns engagieren, wird es ein bGE in Zukunft geben.
- ... **Leserbriefe schreiben** – an Hörfunk, Fernsehen, Zeitungen und Magazine. Nehmen Sie Stellung, zeigen Sie die Chancen eines bGE auf.
- ... **eine Diskussionsveranstaltung organisieren**: Laden Sie Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer u.a. ein. Wir stellen gern unseren Vorschlag vor und stehen zur Diskussion zur Verfügung.
- ... **auf Ihrer Website einen Link** zu unserer Website setzen, dazu können Sie Banner benutzen.
- ... **uns mit einer Spende unterstützen**. Im Rahmen unserer Aktivitäten fallen regelmäßig Kosten an (Plakat- und Aufkleberherstellung und Aktionen, Porto, Pflege der Website, Reisen zu Vorträgen). Wir sind deshalb für jede finanzielle Unterstützung sehr dankbar. Auf Anfrage (Siehe E-Mail-Adresse) lassen wir Ihnen unsere Kontoinformationen zukommen.

Wer wir sind

Wir verstehen uns als Bürgerinitiative und setzen uns für die Verbreitung der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens ein. Im Dezember 2003 sind wir – Ute Fischer, Stefan Heckel, Axel Jansen, Sascha Liebermann und Thomas Loer – mit unserer Website und einer Plakatierungsaktion in Frankfurter U-Bahnstationen an die Öffentlichkeit getreten; weitere Plakatierungen folgten in Berlin, Dortmund, Köln und Hamburg. Seitdem haben wir Aktionen, Vorträge und Diskussionen an vielen Orten in Deutschland bestritten sowie in verschiedenen Medien publiziert.

Nach langjähriger akademischer Beschäftigung mit Fragen zur „Krise und Zukunft der Arbeit“ hielten wir es für notwendig, uns als Bürger in die öffentliche Debatte einzumischen. Der maßgebliche Anstoß für unser Engagement war und ist es, dass wir uns als Bürger durch die politischen Entscheidungen der vergangenen Jahre missachtet und in unseren Möglichkeiten, für das Gemeinwesen zu wirken und ein selbstbestimmtes Leben zu führen, eingeschränkt sehen. Ein bGE würde Freiheit und Verantwortung ermöglichen, die uns heute fehlt, deswegen streiten wir dafür.

Kontakt

Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“
c/o
Dr. Sascha Liebermann
Steingasse 4
D-53347 Alfter
info@FreiheitStattVollbeschaeftigung.de
www.FreiheitStattVollbeschaeftigung.de

Inhaltlich Verantwortliche gemäß § 10
MDSStV:
Dr. Ute Fischer, Dr. Sascha Liebermann, Dr. Thomas
Loer (Anschrift wie oben)

Noch Bürger oder schon
Kunde der Arbeitsagentur?

Freiheit
statt
Vollbeschäftigung

Freiheit
statt
Vollbeschäftigung